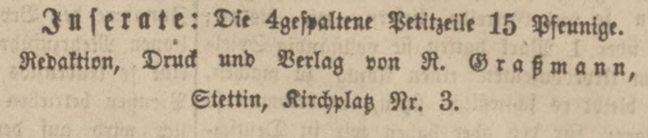
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.


Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Freitag, den 23. Mai 1879. Nr. 236.

Deutscher Reichstag.

50. Plenar-Sitzung vom 21. Mai.

Am Bundesrathstische: Präsident des Reichskanzleramts Staatsminister Hofmann, kaiserliche Geh. Regierungs-Räthe Burchard, Tiedemann, königlich baierischer Ministerialrath Dr. Mayr und Andere.

Vice-Präsident Dr. Lucius eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Min.

Tagesordnung:

Erster Gegenstand ist die Wahl des ersten Präsidenten.

An der Abstimmung betheiligen sich 324 Mitglieder; ein Zettel (auf Valentin lautend) wird für ungültig erklärt, ebenso 119 (von der linken Seite des Hauses abgegebene) weiße Zettel. Die absolute Majorität der verbleibenden 204 gültigen Stimmen beträgt 103; davon haben erhalten Abg. von Seydewitz 195, Abg. Dr. Lucius 4, die Abgg. Graf Bethusy-Huc, Fritzsche, von Benda, Dollfuß und Richter (Hagen) je 1 Stimme.

Vicepräsident Dr. Lucius richtet an den Abg. von Seydewitz die Frage, ob er die auf ihn gefallene Wahl annehmen wolle.

Abg. v. Seydewitz: Meine Herren! Ihre Wahl trifft mich, wie ich gestehen muß, unerwartet und unvorbereitet. Ich weiß, welche Schwierigkeiten mir dieses Amt, daß Sie mir übertragen wollen, auferlegt, Schwierigkeiten, welche um so größer sind, als vor mir auf diesem Platze ein Mann gesessen hat, der durch seine ungewöhnlich hohe Befähigung unsere allseitige Anerkennung verdient und erworben hat. (Lebhaftes Bravo.) Ich nehme dennoch die Wahl an, weil ich mich für verpflichtet halte, in einem Augenblicke, wie der gegenwärtige, alle meine Kräfte, so schwach sie sein mögen, der Föderung des gemeinsamen Wohles unseres Vaterlandes zu widmen, und ich bitte, daß Sie mich in diesem Streben, bei dieser Arbeit auch in der Geschäftsleitung unterstützen, und zwar auf allen Seiten unterstützen. (Der Redner wendet das Gesicht bei diesen Worten nach links.) Seien Sie überzeugt, ich werde Unparteilichkeit und Gerechtigkeit üben nach jeder Seite hin! (Lebhafter Beifall.)

Nachdem der Präsident v. Seydewitz auf dem Präsidentenstuhle Platz genommen hat, wird in der zweiten Berathung über die Getreidezölle fortgefahren.

Die Diskussion war gestern vertagt worden bei Position 9a und b: Weizen, Hafer, Hülsenfrüchte pro 100 Kilogramm 1 Mark; Roggen, Gerste, Mais und Buchweizen 0,50 Mark.

Mit zur Diskussion steht der Antrag der Abgeordneten Günther (Sachsen) und Freiherr von Mirbach, auch für Roggen 1 Mark Zoll zu erheben.

Abg. Dr. Frege (deutsch-konservativ) spricht die Hoffnung aus, daß die zum Schutze der nationalen Arbeit zusammengetretene freie wirthschaftliche Vereinigung bei den Getreidezöllen ihre Feuerprobe bestehen werde. Bei allen neuen Zollvorschlägen haben sich die Angriffe wesentlich dahin gerichtet, daß die Zollsätze zu hoch gegriffen sind, bei den Getreidezöllen kann von einem solchen Einwande absolut nicht die Rede sein, im Gegentheil gewinnt die Ansicht na Geltung, daß die vorgeschlagenen Zölle nicht hoch genug sind, und aus dieser Ueberzeugung entstand der auch von mir unterzeichnete Antrag von Mirbach, dessen Annahme ich Ihnen empfehle. Unsere ganze wirthschaftliche Lage weist uns darauf hin, eine Steuerreform vorzunehmen und diese kann nicht anders erfolgen als auf dem Wege der indirekten Steuern. Einen Theil dieser Wirthschaftsreform bildet nun auch der Schutzzoll auf Erzeugnisse der Landwirthschaft; denn wenn dieselbe heute unter dem Importe des Auslandes schwer zu leiden hat, so ist das ein durchaus unnatürlicher Zustand. Bis 1860 überwog bei uns die landwirthschaftliche Ausfuhr die Einfuhr um ein Bedeutendes, seitdem erst ist eine Aenderung eingetreten nach der umgekehrten Richtung hin, und wir wissen, wie sehr darunter die Landwirthschaft zu leiden hatte, und noch zu leiden hat. Um nun mit Zöllen der Landwirthschaft zu Hülfe zu kommen, muß man unseres Erachtens den Zoll für Korn nicht niedriger bemessen, als für Weizen. Wir schlagen Ihnen für beide Getreidearten den einheitlichen Zoll von 1 Mark vor. Es ist, seitdem wir in Dentschland wieder ein einheitliches Reich sehen, unabweisbar an uns die Aufgabe herangetreten, unserer Industrie und Landwirthschaft wenigstens den einheimischen Markt zu sichern. Auf dem Gebiete der ersteren zeigt sich heute eine Erscheinung, die ich mit Freuden begrüße, daß man nämlich einsieht, die Pflege des ausgedehnten Exports sei von einer weit geringeren Bedeutung, als die Sicherheit des inländischen Marktes. Damit aber auch die Landwirthschaft sich diesen zu sichern vermag, muß man sie mit Zöllen sichern. Wir dürfen uns dem landwirthschaftlichen Betriebe gegenüber nicht auf den Standpunkt des Manchesterthums stellen, wir müssen hier thatkräftig eingreifen, und so wird von uns die soziale Frage am besten gelöst werden können. (Beifall rechts.)

Abg. Hoffmann (Fortschritt) referirt Namens der Petitions-Kommission über die bekannte Petition des am Sonnabend in Berlin versammelt gewesenen sogenannten Städtetages (gez. Straßmann, von Stromer-Nürnberg 2c.), die sich gegen die Getreidezölle in Form einer mit 64 gegen 4 Stimmen gefaßten Resolution ausspricht. Der Referent stellt anheim, die Petition durch die über die Getreidezölle zu fassenden Beschlüsse für erledigt zu erklären.

Abg. Dr. Delbrück: Der Herr Vorredner hat Recht mit seiner Meinung, daß alle vorgeschlagenen Getreidezölle ungenügend sind, um die Vortheile zu erreichen, welche er für die Landwirthschaft verlangt. Nach den Zusammenstellungen des preußischen statistischen Büreau's über die Marktpreise in Preußen seit 1871 ist keine Verschlechterung der Preise für Getreide konstatirt. Wenn man aber die Prämissen des Vorredners als richtig zugeben wollte, dann ist der Landwirthschaft überhaupt nicht zu helfen, oder nur, wenn eine gleitende Skala der Zölle eingeführt, d. h. dem Landwirth von Staatswegen ein Preis garantirt wird. Dann kann vielleicht auch das Ideal erreicht werden, das sich der Abg. Frege wünscht, daß die landwirthschaftlichen Maschinen abgeschafft werden, daß der Arbeiter wieder statt der Maschine zu dreschen hat. — Wenn ich nun auf das zurückkomme, was der Herr Kommissarius des Bundesraths (Geh. Rath Tiedemann) zur Vertretung der Kornzölle gesagt hat, so ist allerdings seit dem Ende der dreißiger Jahre die Einfuhr stetig gestiegen, aber genau in demselben Maße hat sich die Bevölkerung vermehrt. Diesen Zusammenhang wollte der Herr Kommissarius nicht zugeben und hat für seine gegentheiligen Ansichten nach Autoritäten gesucht und Lord Beaconsfield genannt. Da muß ich nun sofort erklären, daß ich die Autorität des englischen Premiers in deutschen Angelegenheiten durchaus bestreite. Es hat dann der Herr Kommissarius die Frage erwogen, wenn man einen Getreidezoll auflegt, wer ihn eigentlich bezahlt. Er hat ein Beispiel gewählt von zehn Gutsbesitzern, welche verschiedene Wege in die Stadt wählen, von denen 9 keine Mauth, der zehnte aber Mauth zu zahlen hätte, und meinte, der von ihnen allen geforderte Getreidepreis wäre derselbe. Indeß verstehe ich dieses Beispiel nicht, noch weniger seine Anwendung. Wir sind doch nicht die Einzigen, die den Russen ihren Roggen, den Oesterreichern ihren Weizen abkaufen. Wenn wir auch den Zoll auferlegen, wird man uns doch nicht etwa das Getreide um diesen Zoll billiger lassen. Der Schwerpunkt der Diskussion schien mir zu sein, ob die Vertheuerung des Brodes die Konsumenten treffen würde oder die Produzenten. Ich kann es nicht gelten lassen, daß die Vertheuerung nicht die Konsumenten trifft, sondern in den Zwischenstadien zwischen den Produzenten und den Konsumenten der höhere Preis hängen bleibt. Nicht blos die Steuer auf ausländisches Getreide kommt in Frage, sondern auch die Preiserhöhung des inländischen Getreides, die unausbleiblich damit verbunden ist. Wer soll nun die Preisdifferenz bezahlen? Der höhere Preis wird wieder die Konsumenten treffen. Dann nehmen die Motive Bezug auf die sehr verschiedenen Preisnotirungen des Getreides an den Börsen, übersehen aber dabei ganz, daß die Verhältnisse, die bei solchen Notirungen zu Grunde liegen, geradezu bei jedem Getreidemarkt ganz abweichende und verschiedene sind. Ich würde gegen die Getreidezölle nichts einzuwenden haben, denn sie führen der Reichskasse die immerhin ansehnliche und angenehme Mehreinnahme von 8 bis 12 Millionen Mark jährlich zu (Hört! hört!), wenn sie nur nicht mit einer Vertheuerung des Brodes verbunden wäre, die von den Produzenten aufgebracht werden muß. Meine Herren! Es ist fernerhin von verschiedenen Seiten hingewiesen worden auf die außerordentlich schlechte Lage der Landwirthschaft, auf die zunehmende Zahl der Subhastationen und den fast allgemeinen Rückgang der Bodenrente. In der letzten Session des preußischen Landtages ist dem Abgeordnetenhause eine statistische Uebersicht zugegangen über die Ergebnisse der Verpachtung von den Domänen und Vorwerken. Von je 10 zu 10 Jahren gerechnet, betrug die Summe des Pachtzinses pro Hektar 1849 13 Mark, 1859 17, 1869 28 und 1878 sogar 37 Mark. Für mich beweisen diese Angaben, daß es der Kornzölle nicht bedarf, um unsere Landwirthschaft konkurrenz- und lebensfähig zu erhalten. (Beifall links.)

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: In Betreff der letzten Worte des Herrn Vorredners will ich doch gleich darauf aufmerksam machen, daß bei dem ungewöhnlichen Steigen der Domänenpachten im Durchschnitt hauptsächlich diejenigen Domänen in's Gewicht fallen, welche Zuckerrübenbau und Zuckerfabrikation haben, und daß nur durch die hohe Stufe, die dieses Gewerbe durch den ihm zu Theil gewordenen Schutz erreicht hat, diese hohe Steigerung erklärlich wird. Im Allgemeinen hat der Herr Vorredner in seinem ganzen Plaidoyer gegen unsere Vorlage hauptsächlich das Argument geltend gemacht, daß das Getreide theurer wird, daß die Kornpreise steigen werden. Er hat dies als eine Kalamität angesehen, die vor allen Dingen vermieden werden muß. Nun drängt sich die Frage auf: sind niedrige Preise, niedrige Getreidepreise in wirthschaftlicher Beziehung als ein Glück anzusehen? Wenn wir selbst das als richtig annehmen, worauf der Herr Vorredner sein Argument hauptsächlich basirt, mußten die Länder im Osten, welche die niedrigsten Getreidepreise haben, die Länder der unteren Donau, an der Theiß, Galizien und Südrußland in wirthschaftlicher Beziehung die glücklichsten, wohlhabendsten und am kräftigsten entwickelt sein. (Sehr richtig!) Wir müßten auch innerhalb des deutschen Reiches einen erheblichen Unterschied empfinden im wirthschaftlichen Wohlbehagen, in unserer Vermögensentwickelung. Das ist ganz unzweifelhaft, daß wir die höchsten Getreidepreise im Westen des deutschen Reiches haben und daß sie nach Osten gradatim abnehmen. Wäre der Satz richtig, daß wohlfeile Preise an und für sich ein Glück für eine Nation sind, so müßte auch die Wohlhabenheit und das wirthschaftliche Behagen nach Osten hin allmälig steigen und Ostpreußen 25—30 pCt. glücklicher sein, als der Breisgau. (Sehr wahr!) Ich bin überzeugt, wenn unsere Landwirthe ihr Korn, ich will nicht sagen theurer, aber sicherer verkaufen, wenn der Absatz gesicherter ist, daß dann auch wir sofort — nicht blos in Folge des Tarifs überhaupt, dessen Wirkung sich ja schon jetzt in einiger Hebung der geschäftlichen Thätigkeit fühlbar macht, — zu einer kräftigen Erneuerung unserer wirthschaftlichen Thätigkeit gelangen werden. Wenn wohlfeiles Getreide vor Allem das Ziel ist, nach welchem wir streben, dann hätten wir längst die Grundsteuer abschaffen müssen, denn sie lastet auf dem Gewerbe, welches das Getreide im Inlande erzeugt und welches 400 Millionen erzeugt, im Vergleich zu den 27—30 Millionen, die wir einführen. Daran hat Niemand gedacht, im Gegentheil, man hat in Zeiten, wo die Theorie schon dieselbe war, wie jetzt, die Grundsteuer in ganz Deutschland, soviel ich weiß, allmälig gesteigert, in Preußen 1861 um 30 pCt., indem sie von 30 auf 40 Millionen erhöht wurde, ein viel erheblicherer Zollschlag also, als jetzt in Gestalt des Zolles auf die fremde Getreideeinfuhr gelegt werden soll. Seitdem sind eine Anzahl anderer direkter Steuern, welche unsere landwirthschaftliche Produktion nothwendig vertheuern müssen, dazu gekommen. Ich habe mir aus einer Provinz, in der ich wenig bekannt bin, aus der Rheinprovinz, eine Zusammenstellung kommen lassen, wie hoch sich ungefähr die Lasten belaufen, deren Zahlung doch von dem Preise, zu dem der deutsche Landwirth sein Getreide verkauft, in Abzug gebracht werden muß. Ich kann danach mit einiger Sicherheit behaupten, daß man die durchschnittliche Belastung an Staats- und Kommunalsteuern auf 20 pCt. desjenigen Einkommensatzes, welcher bei uns bei Veranlagung der Einkommensteuer zu Grunde gelegt wird, abschätzen kann, eine, wie Sie mit Recht finden werden, ganz exorbitante Besteuerung. Bedenken Sie, um einmal einen Maßstab zu gewinnen, diejenige Belastung unseres Getreidekonsums, welche jetzt an der Grenze auf das ausländische Getreide gelegt werden soll, verallgemeinert auf das inländische Getreide, was im Inlande zu Markt gebracht wird, denken Sie sich, daß der Landwirth von jeder anderen auf dem Getreide lastenden Steuer befreit würde und daß er als Aequivalent für den Vorzug, mit dem Auslande gleich gestellt zu werden, auch nur für jeden zu Markte gebrachten Scheffel Getreide 25 Pfennige für Roggen und 50 Pfennige für Weizen zu zahlen hätte, denken Sie sich das in der Anwendung auf ein Gut von, ich will sagen, 300 Morgen guten Bodens, bei dem also ein wirklicher Pachtwerth von 1500 Thalern in der Rheinprovinz kein unmöglicher ist, so wird das Gut also nach diesem Durchschnitt voraussichtlich 300 Thaler direkte Abgaben zu bezahlen haben an den Staat, an die Gemeinde, an den Kreis, welche auf der landwirthschaftlichen Produktion lasten. Für diese 300 Thaler würde er schon 3600 Ctr. Roggen, 2400 Ctr. Weizen zu Markt bringen können und erst dann würde er auf dasselbe Steuerquantum für seinen Verkauf kommen. 3600 Ctr. Roggen sind 4500 Scheffel, und Jedermann, der von der Landwirthschaft eine entfernte Vorstellung hat, wird wissen, daß auf einem Gute von 300 Morgen nicht 4500 Scheffel gebaut werden können. 1000 ist schon recht gut; er hat also das Vier- bis Sechsfache nach der jetzigen Steuer Lasten auf der inländischen Produktion und dabei wirft die inländische, wie man behauptet, 400,000,000 Ctr. ab, also bedeutend mehr wie die ausländische. Wenn nun das Verhältniß in dieser Ungerechtigkeit zum Nachtheil der inländischen Kornproduktion sich darstellt, so möchte ich noch weniger an Ihr finanzielles Reformbedürfniß, als an Ihr Gerechtigkeitsgefühl appelliren. Soll die Gesammtlast, die für unsere Finanzen auf unseren Kornbedarf gelegt werden kann und gelegt wird, in diesem Uebermaß allein auf der inländischen Produktion liegen, oder soll die ausländische zu dieser Last gar nicht herangezogen werden? Sie müssen bei diesem Tarif nicht allein die Einzelheiten, sondern die gesammte Zoll- und Steuerreform im Auge behalten, wovon dieser Tarif nur einen Theil bildet. (Sehr richtig! rechts.) Ich erinnere namentlich die Gegner der Vorlage daran, wie oft uns einzelne Steuervorlagen darum abgelehnt worden sind, weil von uns mit Recht verlangt wurde: legt den Plan einer gesammten und prinzipiellen Reform vor, aber kommt uns nicht mit einzelnen Steuervorlagen! Nun, wir suchen dieser Aufgabe gerecht zu werden. Sie wird uns dadurch erschwert, daß die einzelnen Finanzvorschläge, welche wir machen und die Steuervorschläge auch heute nicht mit viel mehr Wohlwollen aufgenommen werden, wie damals und daß meine Hoffnung, die ich auf das Gelingen des ganzen Reformplans setzte, sich erheblich haben herabmindern müssen. Es ist nicht unsere Absicht, vom Getreidebedarf eine höhere finanzielle Leistung zu fordern als bisher; wir beabsichtigen nur, einen Theil der direkten Steuern, die jetzt auf dem Landwirth lasten, in Form eines Konsumtionszolles an die Grenze zu verlegen. Einen Einfluß auf die Preise wird das nicht haben. Wenn der Vorredner das als ein Glück betrachtet, so sehe ich mit Bedauern darauf; denn zu den augenblicklichen gedrückten Preisen kann unter den in Deutschland bestehenden Abgaben- 2c. Verhältnissen nicht mehr produzirt werden; dabei geht nicht blos die Landwirthschaft, sondern Preußen und das Reich zu Grunde. (Sehr wahr!) Von dem Verfall der Landwirthschaft wird zuerst der Kredit zu leiden haben, die landwirthschaftliche Thätigkeit wird in Verfall gerathen. Ich behaupte also, daß durch diese niedrigen Zölle die Preise nicht steigen werden, wenigstens nicht wesentlich, weil der Preis des Getreides bei uns nicht von dem Zoll abhängt, den man auflegt, sondern vor Allem von der Ernte in den großen Kornländern des östlichen Europas und Amerikas, einigermaßen auch von der Ernte in Deutschland. Ist in diesen großen Getreideländern eine Mißernte, so wird das Getreide eben nicht kommen, ist eine gute Roggenernte, so wird es uns doch kommen, und darin divergire ich wieder von dem Vorredner. Er sagt, diese Getreideproduzenten könnten mit großer Leichtigkeit andere Käufer finden, wenn wir ihnen den Preis nicht zu Dank machen. Das ist vollkommen irrthümlich und mir nur dadurch erklärlich, daß der Vorredner mit den Erscheinungen auf dem Kornmarkt nicht durch eigene Leiden und Freuden vertraut ist. (Sehr richtig! rechts.) Wir sind im Ganzen in der Welt in der Lage, daß viel mehr Getreide gebaut werden kann, als verbraucht wird, daß schon jetzt das Angebot im Ganzen größer ist

als der Verzehr. Wir können den Zoll, wie mir Kornhändler gesagt haben, bis zu 1 Mark steigern, sie würden so viel Getreide liefern, wie bisher; denn bis über 1 Mark hatten sie vollständig Spielraum, dem Urproduzenten einen Abzug zu machen. Auf dem bleibt es schließlich sitzen, er bekommt so viel weniger; für den aber haben wir in Deutschland nicht zu sorgen. Damit ist aber der Landwirthschaft nicht, wie der Vorredner sagt, noch gar kein Dienst erwiesen. Ihr ist schon ein ganz erheblicher Dienst erwiesen, wenn ihr der geringe Gewinn, die geringe Lebensfähigkeit, die sie bei jetzigen Preisen hat, und der deutsche Markt gesichert, die ausländische Konkurrenz auf demselben etwas erschwert wird. Wir sind jetzt auf dem Lande in der Lage, daß die Müller auf unsere eigenen Pachtmühlen den Roggen nicht mehr von uns nehmen, sondern, da sie zugleich in der Regel Bäcker sind, uns das aus russischem Roggen gebackene Brod verkaufen. Der Vorredner schätzte die hier lagernden Vorräthe sehr gering, etwa auf ein paar tausend Wispel am Ende des Jahres. Das ist aber nicht der Termin, wo die Hauptzufuhr herankommt. Außer den Roggenvorräthen müssen wir aber auch die Mehlvorräthe ins Auge fassen. Hier in Berlin und nächster Umgebung sollen allein täglich 400 bis 500 Wispel, also 80,000 bis 100,000 Centner verarbeitet werden. Diese Mehlmasse geht dann mit der Eisenbahn über das Land und tödtet, wie ich aus persönlicher Bekanntschaft weiß, den kleinen Mühlenbetrieb, soweit er von der Eisenbahn erreichbar ist. Insofern halte ich die Berechnung des Vorredners nicht für richtig und ebensowenig seine Behauptung, daß an den Zwischenstationen, ehe das Mehl an den Bäcker gelangt, mehr Verdienst als nöthig hängen bleibt. Wenn keiner von den Zwischenhändlern sehr reich wird, so liegt das an ihrer Menge. Wo heutzutage irgend eine gewinnbringende Stelle ist, da drängen sich gleich Hunderte von Concurrenten heran, bis ihr Verdienst sich so vertheilt und zertheilt ist, daß für den Einzelnen nicht viel übrig bleibt. Es ist auch den Leuten lieber, ein kaufmännisches Geschäft zu treiben, selbst mit kleinem Gewinne, wenn nur keine schwere körperliche Arbeit dabei ist, als ein Gewerbe. Das Ideal von Dienern, kleinen Leuten &c. ist nicht mehr wie früher ein eigenes Haus, ein eigener Heerd, sondern ein Viktualienkeller in Berlin (Heiterkeit). Ich bestreite, daß der Kornzoll auf den Preis des Brodes irgend einen Einfluß haben wird (Ohs links). Die Brodpreise sind heute bei billigen Getreidepreisen ebenso hoch wie bei hohen Preisen, als das Getreide noch einmal so theuer war, z. B. in der Mitte der 50er und 60er Jahre. Auch unser Handel wird davon nicht beeinträchtigt werden, wenigstens nicht weiter, als es die Gerechtigkeit erfordert bei der Vertheilung der Lasten. Die Verlegung der Transportwege aus Rußland ist eine Drohung, die nur den schrecken kann, der die Geographie nicht kennt. (Sehr wahr!) Was das russische Getreide zu unseren Osthäfen zieht, ist nicht nur, daß Rußland keine Häfen hat, das spricht ja auch mit, sondern mehr noch das deutsche Kapital. In Rußland ist kein Geld zum Kornhandel, Danzig &c. hat dies Geld und giebt die nöthigen Preise und Vorschüsse. Es kommt hinzu, daß in Folge des Klimas das russische Getreide im Ganzen minderwerthig ist, als das deutsche, und daß man diesen Uebelstand zu beseitigen sucht durch eine Mischung mit deutschem Getreide. Namentlich die sog. Danziger und Stettiner Mischung ist bekannt. Diese Mischung wird ja nach wie vor fortgesetzt werden können. Herr v. Treitschke hat gestern auf einen Konflikt gedeutet, den wir wegen der Kornzölle mit Rußland gehabt hätten und der bewiesen habe, daß sie nicht haltbar seien. Das war 1822 bis 1825, Preußen hatte von Rußland Verkehrsfreiheit verlangt für den Umfang des ehemaligen Königreichs Polen. Das wurde nicht zugestanden, und darauf hatte Preußen einen Zoll von 25 Pfennige festgesetzt, den es später freilich wieder fallen ließ, nicht aber weil der Zoll undurchführbar gewesen wäre, sondern weil der Kaiser Alexander sich persönlich dafür verwandte bei Friedrich Wilhelm III. Und so wurde von der Erhebung aus politischen Gründen Abstand genommen. Ich will über die Frage des Transportes im Allgemeinen nicht heute schon vorgreifend entscheiden, ich bitte aber, solche Amendements, die den Transport behandeln und die eine Veränderung des Zollgesetzes von 1869 enthalten, hier beim Zolltarif abzulehnen. Sind Aenderungen nöthig, so ist doch der Zolltarif nicht der eigentliche Ort dazu. Ich rechtfertige mich nur den Landwirthen gegenüber betreffs der Frage, warum ich denn, wenn ich eine Erhöhung des Getreidepreises davon nicht erwarte, doch für Getreidezölle bin. Ich glaube, wir sichern damit unseren Getreideproduzenten den heimischen Markt. Die Viehzölle sollen uns einen gewissen Schutz gewähren, von den Getreidezöllen erwarte ich Derartiges weniger, aber ich erwarte davon, daß die Landwirthschaft mindestens um den Betrag der Kornzölle erleichtert wird, indem man in gleichem Betrage die Grundsteuer anderweitig regulirt. Damit würde dann ungefähr die Hälfte von jenen 20 pCt. in Wegfall kommen, die ich als Belastung der Landwirthschaft Ihnen neulich vorgerechnet habe. Dann erwarte ich von dem Kornzoll, daß er etwas Ordnung bringt in unsere Einfuhr. Die ungeheuren, weit über den Bedarf hinausgehenden Getreidesendungen aus Rußland und Galizien müssen wir durchaus einschränken, und sie werden eingeschränkt werden, wenn der Importeur, bevor er seine Chancen berechnen kann, erst so und soviel Tausend Mark Zoll in Ansatz bringen muß. Es muß auch diese regelmäßige Mehreinfuhr die Preise sehr herabdrücken. Der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr betrug 1872—77 blos im Weizen und Roggen 17 Millionen Centner, noch 1872 war beim Weizen ein umgekehrter Ueberschuß, die bloße Zunahme der Bevölkerung kann doch die 17 Millionen Mehrzufuhr nicht erklären, selbst wenn man eine so tendenziös politische Statistik hat, wie sie in Preußen betrieben wird. (Hört! hört!) Bekanntlich wird auf dem Lande mehr Brod gegessen als in den Städten. Die Berechnung ergiebt, daß 40 Millionen Deutsche das Jahr über 146 Millionen Centner Getreide verbrauchen, was $3^1/_2$ Centner pro Kopf ausmachen würde. In Deutschland aber werden meiner Berechnung nach 240—250 Millionen Centner gewonnen, während wir davon nur 146 Millionen essen. Wo bleibt nun diese Differenz? Ich überlasse dieses Problem den Statistikern, aber sie müssen sich's nicht allzu bequem machen und einfach eine Durchschnittszahl von 9 Ctr. aus der Luft greifen. Es ist auch unrichtig, wenn man sagen wollte, daß die Mehr-Einfuhr sich erklärt durch die Bierbrauerei &c. Denn das Bier wird zum größten Theil aus Gerste bereitet, während hier hauptsächlich Weizen und Roggen in Frage kommt. Bei der gesammten Gesetzgebung der letzten zwanzig Jahre ist die Produktion des landwirthschaftlichen Gewerbes zu kurz gekommen und stiefmütterlich behandelt worden. Insbesondere ist die Landwirthschaft auf das Schwerste betroffen worden durch die Art unserer Steuergesetzgebung in einer Weise, die sich nicht rechtfertigen läßt. Das führt aber zu einer Doppelbesteuerung, denn man muß auch die Grundsteuer hinzurechnen. Die Ungunst der Verhältnisse und Gesetzgebung für die Landwirthschaft liegt auch auf dem Gebiete der Stempel- und Steuergesetzgebung. Das ist die allergrößte fiskalische Ungerechtigkeit, wenn man ein Gut auf 30 Jahre pachtet, daß man ohne Disconto die ganze auf 30 Jahre währende Summe versteuern muß. (Sehr richtig!) Von den Bahntarifen will ich gar nicht sprechen, aber von der Armenpflege in Verbindung mit dem Freizügigkeitsgesetz. Die Arbeiter werden auf dem Lande geboren, wachsen dort auf und werden mit nicht unerheblichen Kosten erzogen, genießen den Schulunterricht und sobald sie zum Militär eingezogen werden, gefällt es ihnen nachher in den großen Städten besser, und die Landleute erfahren von ihnen erst wieder etwas, wenn sie unterstützungsbedürftig sind oder wenn eine große Charité-Rechnung kommt. (Heiterkeit, sehr wahr.) Die Landwirthschaft zeigt gleichwohl durchaus konservative Elemente — ich will den Ausdruck konservativ zurücknehmen, denn ich will hier nicht die Begriffe konservativ und liberal in den Gegensatz stellen, daß ich etwa die liberale vollkommen zerstört wissen wollte, ich will lieber sagen, wir haben in der Landwirthschaft auf dem Lande erhaltende Tendenzen und für diese beanspruchen wir Sympathien. Die Landleute sind die zuverlässige Stelle, auf welche der Staat zurückgreifen muß. Was ich dazu thun kann, in diesem Kreise das Bewußtsein der Situation zur Klarheit gedeihen zu lassen, das will ich thun, aber nicht für den Zweck der Agitation, sondern um der Gerechtigkeit willen. Ist aber dieses Bewußtsein durchdrungen, dann wird meiner Ueberzeugung nach die Landwirthschaft ihren Kampf nicht einstellen, sondern ihn frisch fortführen, bis sie endlich Gerechtigkeit erlangt hat. (Lebhafter Beifall rechts und im Centrum, Zischen links.)

Abg. Reichensperger (Olpe) erhielt um 4 Uhr das Wort, nachdem ein von ihm selbst gestellter Vertagungsantrag abgelehnt ist. Er erklärt sich für Getreidezölle, weil sie keine Schutz-, sondern Finanzzölle seien, die das Ausland tragen würde. Eine Steigerung der Preise sei von dem Getreidezoll nicht zu erwarten, es sei nur nothwendig, zu verhindern, daß die Zwischenhändler und die Bäcker nicht zu viel Verdienst einstreichen; deshalb spricht sich der Redner für die Wiedereinführung von Brod- und Fleischtaxen aus. Die höheren Zölle, wie sie von Günther und Frhr. v. Mirbach vorgeschlagen seien, müßten verworfen werden, denn von einem Schutzzoll wie bei der Industrie könne bei der Landwirthschaft keine Rede sein. Ein wahrer Skandal sei es, daß deutsche Eisenbahnen die ausländischen Produkte billiger fahren als inländische. Redner spricht sich im Interesse der Mühlenindustrie für eine Rückvergütung des Zolles aus, falls das importirte Getreide vermahlen und wieder exportirt werde.

Ein Antrag auf Vertagung wird um $4^1/_2$ angenommen.

Schluß $4^1/_2$ Uhr.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung der Getreidezölle. Ferner Position 12 Häute und Felle und 13 Holz.

Deutschland.

** **Berlin**, 21. Mai. Am 15. Mai ist auch die Strecke der Berlin-Wetzlarer Bahn dem Betrieb für Personenverkehr übergeben, welche von Eschwege sich an die an der hessischen Nordbahn gelegene Station Malsfeld anschließt. Die Verwaltung dieser Strecke ist der Königl. Eisenbahndirektion zu Frankfurt a. M. übertragen worden.

Der Chef der Admiralität hat im Hinblick auf das an den sumpfreichen Flüssen und Küsten der Tropenländer vorkommende bösartige Malayafieber besondere Maßregeln gegen derartige Erkrankungen zu der Instruktion für die Aerzte am Bord der Schiffe in Betreff der Gesundheitspflege hinzugefügt.

Die „Tribüne" läßt sich melden, der Plan, aus Anlaß der goldenen Hochzeit des Kaiserpaares eine Amnestie zu erlassen, habe besonders durch den Fürsten Bismarck Widerspruch erfahren. Es ist aber, wie auch meinerseits vor längerer Zeit erwähnt, von einer umfassenden Amnestiemaßregel und namentlich einer politischen in keinem Augenblick die Rede gewesen, und ein solcher Schritt von keiner Seite angeregt, also demselben auch von keiner Seite widersprochen worden.

Dasselbe Blatt hat die Geschmacklosigkeit, sich von angeblich gut informirter Seite schreiben zu lassen, Deutschland sei auf dem Wege, durch die in seiner inneren Politik sich vorbereitende Reaktion seinen diplomatischen Einfluß in Europa zu verlieren. Man kann nicht ohne Lachen an die viel schlimmeren Prophezeiungen denken, welche in den Jahren 1862 bis 1866 über das gänzliche Schwinden dieses Einflusses in Folge des damaligen Verfassungskonflikts laut wurden.

Sehr beachtenswerth ist in der neuesten Nummer der „Prov.-Korr." das Citat aus einer im Jahre 1868 vom Abg. Lasker gehaltenen Rede. Der Abgeordnete, welcher sich am 8. Mai d. Js. gegen landwirthschaftliche Zölle nicht nur unbedingt erklärte, sondern in denselben auch die Heraufbeschwörung des Kampfes des Landes gegen die Städte erblickte, sprach damals mit einer Schärfe, wie sie heute kaum gehört worden, von der Ueberlastung des Grundbesitzes. Derselbe Abgeordnete, welcher dem Fürsten Bismarck jetzt vorwirft, daß die Angaben desselben bezüglich der Ueberbürdung des Grundbesitzes so übertrieben seien, wie der Redner noch nie aus dem Munde eines Abgeordneten gehört hätte, wäre er nicht von seinem Gedächtniß verlassen gewesen, sich selbst als denjenigen Abgeordneten ausnehmen müssen, der die Ueberbürdung des Grundbesitzes noch stärker gemalt. Herr Lasker sagte 1868 wörtlich: „Ein gewisses Monopol hatten früher die Grundbesitzer, so lange die Kommunikation schlecht war. Dieses Monopol ist weggefallen, seit der Weltmarkt überall hin konkurrirt. Der Grundbesitzer hat die überschießenden Kosten allein zu tragen und muß verarmen an all den Nachtheiten, die ihm zugefügt werden." Am 8. Mai d. Js. hat Herr Lasker ferner dem Reichskanzler vorgeworfen, sein Plan der Entlastung des Grundbesitzes stelle eine Finanzpolitik der Besitzer gegen die Nichtbesitzer dar. 1868 sagte derselbe Redner: „Die Ueberschuldung in den östlichen Provinzen hängt unzweifelhaft zusammen mit dem Besteuerungsmodus, welcher den Grund und Boden unverhältnißmäßig belastet." Diese widerspruchsvollen Aeußerungen des vielgewandten Abgeordneten Herrn Lasker reime sich zusammen, wer es kann.

Im Monat März wurden von den im Betrieb befindlichen 35 Rübenzuckerfabriken, von denen 28 allein auf Preußen (18 Provinz Sachsen) kommen, 558,831 Ctr. Rüben (Preußen 397,326 Ctr.) versteuert. Ins Zollausland wurden ausgeführt an raffinirtem Zucker 39,563 Ctr. (aus Preußen allein 37,349 Ctr.), an Rohzucker 257,062 Ctr. (dieser Betrag ging ausschließlich aus Preußen aus) und an Melasse 10,764 Ctr (Preußen 10,301 Ctr.). Vom Zollausland eingeführt wurden 2609 Ctr. Rohzucker, 6589 raff. Zucker und 8228 Ctr. Melasse.

Provinzielles.

Stettin, 23. Mai. Die vorgestrige Verwaltungsraths-Sitzung der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft, berufen auf Initiative der Berliner Mitglieder, beschäftigte sich, abgesehen von einigen unwesentlichen Angelegenheiten, hauptsächlich damit, ob die Offerte der Regierung, die Amortisation der $4^3/_4$prozentigen Titres nicht auf ein Mal mit 110 Prozent, sondern nur mit jährlich 1 Prozent und den ersparten Zinsen (also Amortisation innerhalb einiger 30 Jahre) ein derartiges Zugeständniß sei, um den Aktionären die Annahme des bekannten Ueberlassungs-Vertrages zu empfehlen. Wenngleich alle Mitglieder des Verwaltungsrathes in der Offerte der Regierung eine wesentliche Verbesserung sahen und fast alle Mitglieder erklärten, für die Annahme des Vertrages zu stimmen, sprachen sich beide Verwaltungsrathskörper (Verwaltungsrath und Direktorium) dagegen aus, der General-Versammlung gegenüber irgend eine andere Stellung als bisher einzunehmen, d. h. die Objektive beizubehalten und die Entscheidung lediglich den Aktionären zu überlassen. In Folge dessen wurde der Antrag auf Unterfertigung des Vertrages resp. auf Empfehlung zur Annahme desselben zurückgezogen und verlief die Sitzung ganz resultatlos.

— Die 3. diesjährige Schwurgerichtsperiode beginnt am 23. Juni unter Vorsitz des Kreisgerichtsraths Küster.

— Stettin-Newyork, National-Dampfschiffs-Kompagnie, Linie C. Messing. Heute ist der Dampfer „Bravo", Kapt. Tholander, mit Passagieren und Gütern für Newyork abgegangen.

— Gestern Abend gegen 10 Uhr löste sich der Dachrahmen von dem Hause Paradeplatz Nr. 28 und stürzte auf die Straße, Schutt und Dachsteine nach sich ziehend. Glücklicherweise befanden sich zur Zeit keine Passagiere in dieser Gegend, sonst wäre ein größeres Unglück unvermeidlich gewesen. Da noch viele Dachsteine nur lose hängen und jeden Augenblick herabstürzen können, ist, um Gefahren vorzubeugen, heute Morgen das Trottoir vor diesem Hause gesperrt.

— Bei herannahender Sommer-Saison verfehlen wir nicht, das Publikum und Naturliebhaber auf die schöne Lage des Breslauer Bahnhofes aufmerksam zu machen. Man hat besonders des Abends eine herrliche Aussicht auf die wunderbar schön erleuchtete Stadt Stettin, ebenso von der Perronseite aus nach der Gegend von Damm und bieten die inneren Räume einen angenehmen kühlen Aufenthalt. Auch ist der Restaurateur ebenfalls sehr darauf bedacht, das Publikum durch Verabreichung von nur guten Speisen und Getränken zu billigen Preisen zufrieden zu stellen, ebenso findet man das beliebte Bergschloß- und Grüneberger Bier dort.

— Das schöne Wetter am Himmelfahrtstage hatte sehr Viele ins Freie gelockt; dem von hier nach Berlin abgelassenen Extrazug hatten sich von Stettin 512 Theilnehmer angeschlossen, von denen 80 zweite und 432 dritte Klasse benutzten, auf den folgenden Stationen stiegen noch ca. 100 Personen ein. Die meisten Spaziergänger hatten Gotzlow zum Ziele genommen, die Dampfer waren schon Vormittags sehr gut besetzt, Nachmittags war der Andrang am Bollwerk so groß, daß Mancher lange Zeit warten mußte, ehe er einen Platz auf einem Schiffe erobert hatte. In Sommerlust, wo das erste „Volkskonzert" der Kapelle des 34. Regiments stattfand, war schon Nachmittags um 4 Uhr kein Stuhl mehr frei und auch die übrigen Lokale waren zahlreich besucht.

— In der Nacht vom 20. zum 21. d. Mts. erbrachen Diebe den Keller des Kaufmanns Gau, Falkenwalderstraße 102, und entwendeten ein Faß Seife, wurden jedoch vom Revierwächter bemerkt und entflohen unter Zurücklassung des gestohlenen Gutes.

— Am 19. d. M. Vormittags verunglückte der in dem Hause Louisenstraße 10—11 beschäftigte Malergehülfe Hellwig dadurch, daß er von einer auf ein ca. $2^1/_2$ Meter hohes Bockgerüst gestellten Stehleiter herunter und rücklings auf den Treppenflur fiel, wodurch er eine Gehirnerschütterung erlitt, welche seine Unterbringung im städtischen Krankenhause nöthig machte.

— Am 30. Januar verschwand der Handlungskommis Richard Hermann Janzen von hier; an diesem Tage war er in einer Konditorei zuletzt gesehen worden und seitdem fehlte jede weitere Spur. Vor einigen Tagen erhielten die Eltern desselben die Nachricht, daß ihr Sohn im Krankenhause zu Hannover am Typhus erkrankt darniederliege. Wie derselbe nach Hannover gekommen und weshalb er sich heimlich von hier entfernt, ist unbekannt.

— Im Hinblick auf das am 1. Oktober in Kraft tretende neue Gerichtsverfassungsgesetz ist höheren Orts die Aufstellung der ersten Jahresliste für die Schöffen und Geschworenen angeordnet worden, und zwar ist diese Aufstellung durch die Gemeinde- und Gutsvorstände zu bewirken. Die zu dem Amte eines Schöffen zu berufenden Personen müssen mindestens das 30. Lebensjahr vollendet haben und bereits 2 Jahre in der Gemeinde sein. Ausgeschlossen sind bestrafte oder wegen Verbrechen &c. in Untersuchung stehende, desgleichen durch gerichtliche Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkte Personen und Armenunterstützungsempfänger, ferner richterliche Beamte, Religionsdiener, Volksschullehrer, alle aktiven Militärs, sowie Reichs- und Staatsbeamte, welche einstweilen in den Ruhestand versetzt werden können. Die aufgestellten Urlisten müssen eine Woche lang öffentlich ausgelegt werden.

— Ueber den Stand des Scharlachfiebers und der Dyphtheritis in Sassenhagen geht der „Starg. Ztg." die Mittheilung zu, daß diese beiden Krankheiten unter den Kindern durch das Schließen der Schule bis zum 14. d. M. fast gänzlich erloschen waren. An diesem Tage begann der Unterricht wieder, mußte aber von dem Amtsvorsteher Herrn Runge am Montage wieder geschlossen werden, da die genannten Krankheiten auf's Neue wieder mit großer Heftigkeit auftraten. Ein Kind ist bereits gestorben und mehrere andere liegen schwer krank darnieder.

Greifswald, 21. Mai. Soeben wurde durch den Schleppdampfer „Sequens" die Barther Bark „Courier", Kapt. Schönrock, hier einbugsirt. Dieselbe war mit Ballast von Kopenhagen nach Gefle bestimmt und am Montag bei nebligem Wetter unweit Wittow auf den Strand gerathen. Die Bark ist stark leck, die Reparatur wird auf der Schiffswerft des Herrn Spruth vorgenommen.

Stralsund, 21. Mai. Nachdem der Vertrag wegen diesseitiger Erwerbung der hiesigen finanzfiskalischen Festungsgrundstücke von Sr. Majestät dem Kaiser genehmigt ist, hat demzufolge die Uebergabe der betreffenden Grundstücke an die Stadt gestern stattgefunden. Mit den Einebnungs- und Mauerabbruchsarbeiten am Knieperthor soll in allernächster Zeit begonuen werden.

Grimmen, 19. Mai. Am Freitag, den 16. d. M., wurde die hiesige Präparanden-Anstalt eröffnet; dieselbe umfaßt 27 Zöglinge, welche von Richtenberg mit hierher gekommen sind. Da die Anstalt aber vergrößert werden soll, so fand an dem oben genannten Tage eine außergewöhnliche Aufnahmeprüfung statt. Zu derselben hatten sich 10 junge Leute gemeldet; dieselben hatten am Vormittage eine schriftliche und am Nachmittage eine mündliche Prüfung zu bestehen. Nach der schriftlichen Prüfung wurde einer wegen zu schlechter Arbeit entlassen. Die übrigen 9 fanden versuchsweise Aufnahme.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 21. Mai. Die „Politische Korresp." meldet:

Aus Philippopel: Aleko Pascha wird am 2[illegible] d. Mts. auf ostrumelischem Gebiete eintreffen und daselbst eine Proklamation erlassen.

Brüssel, 21. Mai. Die feierliche Beerdigung des verstorbenen Bürgermeisters Anspach hat heute Nachmittag 2 Uhr unter Theilnahme der Spitzen der Civil- und Militärbehörden, der Minister, einer Deputation der Repräsentantenkammer und des diplomatischen Korps stattgefunden.

Paris, 21. Mai. Die Tarifkommission hat die in dem von dem Deputirten Meline erstatteten Berichte enthaltenen Anträge auf Erhöhung der Steuer auf Baumwollen-Garne angenommen.